



Düsseldorfer Institut für Aussen- und Sicherheitspolitik  
Duesseldorf Institute for Foreign and Security Policy

Dr. Dimitrios Argirakos

Die Bush-Doktrin

**DIAS ANALYSE**  
**Nr. 8 November 2004**

[www.dias-online.org](http://www.dias-online.org)

Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik e.V.  
c/o Juristische Fakultät der Heinrich-Heine-Universität  
Universitätsstr. 1 D-40225 Düsseldorf

Dr. Dimitrios Argirakos  
ist Vorsitzender des Düsseldorfer Instituts für Aussen- und Sicherheitspolitik.

Dr. Dimitrios Argirakos erreichen Sie über [argirakos@dias-online.org](mailto:argirakos@dias-online.org).

Dimitrios Argirakos

Die Bush-Doktrin, DIAS Analyse Nr. 8, Düsseldorf, November 2004.

Herausgeber  
Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik e.V.  
c/o Juristische Fakultät der Heinrich-Heine-Universität  
Universitätsstraße 1 D-40225 Düsseldorf

[www.dias-online.org](http://www.dias-online.org)

© 2004, Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik (DIAS)

ISBN:

## Die Bush-Doktrin

### I. Historie

Als der amerikanische Präsident im Juni 2002 vor den Kadetten der Militärakademie von West Point sprach, hieß es in seiner Preemptive-Strike-Rede, die im Kalten Krieg bewährten Methoden der Abschreckung und Eindämmung reichten nicht mehr aus, um die Sicherheit der USA und ihrer Alliierten zu garantieren. Wer mit Terroristen und Diktatoren fertig werden wolle, müsse die Schlacht zum Feind tragen, bevor die Bedrohung ihr schlimmstes Ausmaß erreiche. Konkret spielte Präsident George W. Bush damit auf geplante Präventivschläge an, die ein Erstarken des Gegners erst gar nicht zulassen.

Die Idee zu Handeln, bevor man dazu durch einen Angriff gezwungen wird, ist nicht neu. Bereits John F. Kennedys Nachfolger Lyndon B. Johnson erwog China anzugreifen, um so Mao Tse-tung an der Entwicklung atomarer Waffensysteme zu hindern.<sup>1</sup> Die Pläne wurden fallengelassen. Vorerst, denn die Vereinigten Staaten haben sich schon seit längerem nicht mehr ausschließlich auf die Strategie der Abschreckung verlassen. In seiner SDI-Rede am 23. März 1983 kündigte der damalige US-Präsident Ronald Reagan bereits die Schaffung einer Raketenabwehr an, das Konzept der gegenseitigen Abschreckung durch absolute Vergeltung nach einem Erstschlags-Angriff wurde um den Aspekt der Verteidigung gegen einen Angriff angereichert.<sup>2</sup> Knapp zehn Jahre später verfassten die heute wichtigsten neokonservativen Mitstreiter Bushs, Vizepräsident Richard Cheney und der stellvertretende Verteidigungsminister Paul Wolfowitz, eine restriktiv präventiv ausgerichtete Defense Planning Guidance. Und erst im September des Jahres 2000 unterstrich eine neue Studie (Rebuilding America's Defenses: A Report of The Project for the New American Century) an deren Elaborat Richard Cheneys Staatschef, Paul Wolfowitz, Lewis Libby und Jeb Bush, Gouverneur von Florida und Bruder des US-Präsidenten, federführend beteiligt waren, dass die amerikanische Außenpolitik darauf abzielen sollte, die eigene Vormachtstellung zu festigen.<sup>3</sup>

Sogar die Prävention gegen „Schurkenstaaten“ ist kein neues Element der US-Politik. Diese Möglichkeit haben sich die Vereinigten Staaten auf Grund ihrer Überlegenheit immer offen gehalten. Dies verdeutlicht die Aussage des ehemaligen Außenministers George P. Shultz, der 1984 nach den schweren Bombenanschlägen gegen amerikanische Einrichtungen in Beirut für „active prevention, preemption and retaliation“ eingetreten ist.<sup>4</sup> In der Bush-Doktrin wird dies auf der Seite 9 bestätigt: „The United States of America has long maintained the option of preemptive actions to counter a sufficient threat to our national security“.<sup>5</sup> Auch unter der Regierung des

<sup>1</sup> Gerd Brüggemann (Fn. 1588), 17.

<sup>2</sup> Karl-Heinz Kamp, Kurzanalyse der neuen amerikanischen Sicherheitsstrategie, abgedruckt unter: [www.uni-kassel.de/fb10/frieden/regionen/USA/kamp.html](http://www.uni-kassel.de/fb10/frieden/regionen/USA/kamp.html), 1.

<sup>3</sup> Jürgen Wagner, Vom Containment zur Pax Americana – Die nationale Sicherheitsstrategie der USA, abgedruckt unter: [www.dkp-darmstadt.de/frieden/analyse-bush-doktrin.htm](http://www.dkp-darmstadt.de/frieden/analyse-bush-doktrin.htm), 2.

<sup>4</sup> Karl-Heinz Kamp (Fn. 1590), 3.

<sup>5</sup> Text abgedruckt unter: [www.white-house.gov/nsc/nss](http://www.white-house.gov/nsc/nss).

Demokraten Bill Clinton kam dem Erhalt der US-Führungsposition eine ebenso wichtige Rolle zu wie Unilateralismus, Sendungsbewusstsein und Interventionismus Washingtons. Konkret und öffentlich werden unter dem Stichwort „Preventive Containment“ (Präventive Eindämmung) seit dem Jahre 1994 Präventionsstrategien diskutiert. So hielt etwa William J. Perry, Verteidigungsminister unter Bill Clinton, 1996 an der Harvard University eine viel beachtete Rede über „Preventive Defense“, in der er dem amerikanischen Volk eine gänzlich neuartige Konzeption für die Sicherheitspolitik vorstellte. Präventive Verteidigung sollte demnach die erste Verteidigungslinie Amerikas bilden, Abschreckung die zweite – der militärische Konflikt die dritte und letzte Option.<sup>6</sup> Perry sprach dem Militär eine aktive und gestaltende Rolle zu und holte es aus seiner passiven Rolle als Instrument der Abschreckung hervor. US-Präsident Clinton bekräftigte seinerzeit diesen Kurs und stellte in der unter seiner Führung entscheidend vorangebrachte National Security Strategy fest, das Washington, falls es dazu gezwungen wird, auf militärische Gewaltanwendung zurückgreifen werde.<sup>7</sup> George W. Bush ließ die Elemente und Überlegungen nun erstmals in eine Doktrin zusammenfassen. Er wahrt damit zugleich die konzeptionelle Kontinuität der amerikanischen Sicherheits- und Außenpolitik, da der Prävention schon seit langem eine hohe Bedeutung zugesprochen wurde.

Bereits im Januar 2002 hatte Präsident Bush in seiner alljährlichen State of Union-Rede vor dem Kongress mehrere Hinweise auf die neue Doktrin gegeben, als er den Iran, Nordkorea und den Irak als „Achse des Bösen“ bezeichnete, die den internationalen Weltfrieden bedrohe. Gegen diese Staaten werden die Vereinigten Staaten künftig mit präventiven Maßnahmen, militärische Aktionen eingeschlossen, vorgehen.<sup>8</sup> Hier kündigte Bush den Strategiewechsel endgültig an und zog damit die Konsequenzen aus der Entwicklung der Weltlage seit dem Ende des Kalten Krieges und der neuen Bedrohung durch den internationalen Terrorismus. Im März 2002 zitierte die Los Angeles Times aus einem 56 Seiten umfassende Geheimpapier aus dem Pentagon, das den Einsatz von so genannten Mini-Nuklearbomben nicht ausschloss.<sup>9</sup> Trotz sofortiger Dementis von Seiten des Pentagons und von Außenminister Colin Powell war die heftige öffentliche Diskussion um die neue Strategie, die sogar Atomwaffen offensichtlich mit einschloss, weiter angeheizt.

Die Veröffentlichung der National Security Strategy NSS wurde schließlich noch monatelang verschoben. Erst am 20. September, als den Amerikanern ihre Verwundbarkeit am ersten Jahrestag nach dem Anschlag auf New York wieder schmerzlich bewusst war, trat Bush mit seiner neuen Sicherheitsstrategie und einem klar umrissenen Ziel vor den Kongress: „... the United States must defend liberty and justice“<sup>10</sup>. Die Anschläge des 11. September haben folglich die Entstehung und Veröffentlichung der Bush-Doktrin nicht erst ausgelöst, sondern lediglich beschleunigt: „It has taken almost a decade for us to comprehend the true nature of this new threat.“<sup>11</sup> Erst als die Amerikaner die Gefahr des Terrorismus am eigenen Leib zu spüren bekamen, zogen sie ernste politische Konsequenzen.

<sup>6</sup> Jürgen Rose, Die Schlacht zum Feind tragen. Die „Bush-Doktrin“ vom Präventivkrieg gründet auf einer langen Tradition strategischen Denkens in den USA, abgedruckt unter: [www.uni-kassel.de/fb10/regionen/USA/doktrin-rose.html](http://www.uni-kassel.de/fb10/regionen/USA/doktrin-rose.html), 4.

<sup>7</sup> Jürgen Rose (Fn. 1594), 4.

<sup>8</sup> Text abgedruckt unter: [www.white-house.gov/state-of-the-union](http://www.white-house.gov/state-of-the-union).

<sup>9</sup> Jürgen Rose (Fn. 1594), 3.

<sup>10</sup> NSS (Fn. 1593), 3.

<sup>11</sup> NSS (Fn. 1593), 8.

## II. Inhalt

Die 19 Seiten umfassende National Security Strategy oder sog. Bush-Doktrin erhält folgende Schlüsselemente: oberstes Ziel ist die Bekämpfung des Terrorismus – nicht einer Religion oder Ideologie; Terrorismus wird als international, nicht als transnational definiert, sodass Terroristen mit Staaten in Verbindung gebracht werden können, die sie unterstützen – dabei sind nicht nur Afghanistan, Irak, Nordkorea oder Iran im Visier des Pentagon, sondern auch 60 weitere Staaten dieser Erde, die das Al-Qaida-Netzwerk bisher unmittelbar oder mittelbar unterstützt haben; die Konfliktfront verläuft überall, im In- und im Ausland, dadurch erhält der Bereich Homeland-Defense einen hohen Stellenwert; alle Staaten haben die strategische Wahl: „either with us, or with the terrorists“.<sup>12</sup> Weitere, allgemeine Ziele sind „political and economic freedom, peaceful relations with other states, and respect for human dignity“.<sup>13</sup>

Weil es laut NSS außerhalb militärischen Eingreifens keine Möglichkeiten gibt, Diktatoren und Terroristen von Angriffen auf die Vereinigten Staaten von Amerika abzuhalten, sieht sich die US-Regierung dazu befugt, in Zukunft vorbeugend zu handeln: Sie gibt sich selbst einen Freifahrtschein für präventive kriegerische Schritte. Mit dieser Erstschlagsdoktrin entziehen sich die Amerikaner infolgedessen der Beweislast für das behauptete aggressive Verhalten des Gegners. Präventiv soll die Gefahr beseitigt werden, noch bevor sie eine ist; man dürfe nicht warten, bis der Feind den Beweis für seine Aggressivität erbringe. Washington setzt ganz auf unilaterales Agieren mittels militärischer Präventivangriffe gegen jeden potentiellen Feind. Allerdings proklamiert die NSS kein Recht zum Präventivkrieg. Von Präemption, nicht von Prävention, ist allein im Zusammenhang mit dem Bestreben die Rede, die Produktion und den Einsatz von MVW zu verhindern, im Kampf gegen den internationalen Terror Koalitionen zu bilden und bestehende Allianzen zu festigen, Finanzströme des Terrorismus abzuschneiden sowie Gefahren durch globale Klimaveränderungen und Aufdeckung von geheimdienstlichen Aktivitäten vorzubeugen. Außerdem sollen Erstschläge keinesfalls willkürlich erfolgen: „The reasons for our actions will be clear, the force measured, and the cause just“.<sup>14</sup>

Die Möglichkeit eines potentiellen Erstschlages ist die Antwort Amerikas auf die Bedrohung des internationalen Terrorismus, der sich nicht mehr wie die Sowjetunion durch Atomwaffen abschrecken lässt, sondern seine Ziele trotz des hohen Verlustes menschlicher Leben unbeirrt verfolgt. Zwar erklärt Washington die Abschreckungs-Strategie, basierend auf der Truman-Doktrin des Jahres 1947, nicht für obsolet, doch wird diese Strategie durch die der Prävention erweitert: „We cannot let our enemies strike first.“<sup>15</sup> Und darüber hinaus: „Our best defense is a good offense“.<sup>16</sup>

Den Kampf gegen den internationalen Terrorismus will Washington nicht alleine aufnehmen; strategisch planen sie infolgedessen Zeit und Energie in den Auf- und Ausbau internationaler Be-

<sup>12</sup> NSS (Fn. 1593), 3.

<sup>13</sup> NSS (Fn. 1593), 2.

<sup>14</sup> NSS (Fn. 1593), 9.

<sup>15</sup> NSS (Fn. 1593), 8.

<sup>16</sup> NSS (Fn. 1593), 5.

ziehungen und Institutionen zu investieren um dabei auf deren Entgegenkommen zu setzen: „Where and when people are ready to do their part, the United States will be willing to move decisively“.<sup>17</sup> Dennoch lassen die Amerikaner keinerlei Zweifel daran aufkommen, dass sie im Notfall auch alleine handeln werden: „... we will not hesitate to act alone, if necessary, to exercise our right of selfdefense by acting preemptively against such terrorists, to prevent them from doing harm against our people and our country...“.<sup>18</sup> Um dafür gerüstet zu sein, wollen die USA ihre alten Allianzen und diplomatischen Bemühungen stärken und solche mit ehemaligen Gegner eingehen, ihre Militärmacht ungleich innovativer nutzen und ausbauen, gezielt Informationen sammeln und nutzen sowie das nationale Raketenabwehrsystem NMD weiter verwirklichen.<sup>19</sup> Washington ist zudem entschlossen, die Proliferation von nuklearen, biologischen oder chemischen Massenvernichtungswaffen zu verhindern.

In wirtschaftlicher Hinsicht will die Bush-Doktrin Ressourcensicherung, freien Welthandel und dass die Wirtschaft im Interesse der Sicherheit besonders in Europa und in Japan gestärkt wird. Denn eine gut florierende Marktwirtschaft der Verbündeten ist gleichzusetzen mit deren Kraft im Kampf gegen den Terror. Überraschen mag die Ankündigung, dass die Vereinigten Staaten von Amerika den Ausstoß von Treibgasen um 18 Prozent innerhalb der nächsten zehn Jahre zurückschrauben werden, hat doch Präsident Bush erst das Kyoto-Protokoll gekündigt. Die Umweltforschung erhält sogar ein um 700 Millionen Dollar auf 4,5 Milliarden erhöhten Etat; ferner sollen erneuerbare Energien und saubere Kohletechnologie gefördert werden, aber auch die Atomkraft.<sup>20</sup> Diese Form der Energieerzeugung wird vor allem im Zusammenhang mit ihrer Umweltverträglichkeit genannt (sie produziert keine Treibhausgase), aber hier nicht mit militärischen Aktionen in Verbindung gebracht. Zudem kündigen die USA eine Öffnung ihrer Märkte für Produkte aus Ländern der Dritten Welt an und wollen in den nächsten Jahren ihre Entwicklungshilfe um 50 Prozent erhöhen.<sup>21</sup> Allerdings nur für solche Staaten, die sich Reformen (im Sinne der Amerikaner) unterziehen.

An die NATO stellt die Sicherheitsdoktrin Forderungen nach neuen Strukturen und flexiblen Kapazitäten, damit diese im Notfall schnell und professionell eingreifen kann: „The alliance must be able to act wherever our interests are threatened“.<sup>22</sup> US-Präsident George W. Bush verordnet der Nordatlantikkallianz die offensive Anti-Terror-Strategie, (das) Erstschlagsrecht im demokratischen Auftrag.<sup>23</sup> Auf dem historischen NATO-Gipfel letzten Herbst in Prag hat US-Präsident George W. Bush bereits ein Ziel – „expand NATO’s membership“ –<sup>24</sup> für die transatlantische Allianz erreicht: dem Verteidigungsbündnis gehören in naher Zukunft auch Rumänien, Bulgarien, Slowenien, Estland und die Slowakei an.<sup>25</sup> Der Lohn für den Umbau der NATO soll „... a partnership as central to the security and interests of its member states as was the case during the Cold War“<sup>26</sup> sein. Es bleibt eine Frage offen: Was passiert, wenn die NATO-Staaten den Forde-

<sup>17</sup> NSS (Fn. 1593), 6.

<sup>18</sup> NSS (Fn. 1593), 5.

<sup>19</sup> NSS (Fn. 1593), 8.

<sup>20</sup> NSS (Fn. 1593), 12.

<sup>21</sup> NSS (Fn. 1593), 13.

<sup>22</sup> NSS (Fn. 1593), 14.

<sup>23</sup> Ralf Beste, Feuer in den Kulissen, in: Der Spiegel, 48, 2002, 138, 139.

<sup>24</sup> NSS (Fn. 1593), 14.

<sup>25</sup> Ralf Beste (Fn. 1611), 139.

<sup>26</sup> NSS (Fn. 1593), 14.

rungen der Amerikaner nicht nachkommen können oder wollen und nicht mehr richtig bündnisfähig sind? Verlieren sie dann den Schutz der Weltmacht?

Eines der obersten Ziele Washingtons ist, ihre Hegemonialstellung weltweit zu behaupten und auszubauen. Die Sicherheitsdoktrin unterstreicht die Wachsamkeit der Amerikaner gegenüber einer erneuten Großmacht Konkurrenz und will deshalb das militärische Potential groß genug halten, um Gegner davon abzuhalten, in der Hoffnung, die Macht der Vereinigten Staaten zu übertreffen oder einzuholen, eine militärische Aufrüstung anzustreben. Die NSS erkennt bei den „potential great powers“ Russland, Indien und China einem großen inneren Wandel hin zur Demokratie an.<sup>27</sup> Diese Aussage ist angesichts der Tatsache, dass Russland, China und Indien vor dem 11. September 2001 versucht hatten, ein Gegengewicht zu den USA zu bilden, bedeutend. Indem Washington den Ländern Hilfe bei deren Wandel zur Demokratie anbietet und dabei schonungslos deren innerstaatliche und außenpolitische Schwächen aufzeigt, stellen sich die Amerikaner über diese „kommenden Großmächte“ und zementieren ganz eindeutig ihre Hegemonialstellung, auch wenn Indien in der Doktrin beispielsweise als „growing world power“ bezeichnet wird. Besonders mit Moskau will man weiterhin eng zusammenarbeiten, ehemalige Sowjetstaaten unterstützen und die Russen außerdem fest in die Euroatlantische Gemeinschaft integrieren. Damit ist der Kalte Krieg endgültig vorbei. Aber auch Indien erhält die Unterstützung der Amerikaner, die dabei besonders ein „strategically stable Asia“<sup>28</sup> als Fernziel im Auge haben. Dieses gilt ebenso für die Zusammenarbeit mit China, das jedoch auf dem Weg zur Demokratie noch immer nicht wichtige Entscheidungen getroffen hat und einen veralteten Weg geht.<sup>29</sup> Nine-Eleven hat laut der neuen Doktrin die Beziehungen der Staaten untereinander verändert; alle haben die Chance auf einen Neubeginn. Damit ist ein Neubeginn im Sinne der Amerikaner gemeint.

Der weitere Inhalt der Bush-Doktrin bezieht sich auf angestrebte nationale Veränderungen: den Um- und Ausbau des Militärs hin zu einer flexiblen Streitmacht, die Landesverteidigung sowie mehr militärische Entscheidungsbefugnisse für den US-Präsidenten, der ohnehin schon Oberbefehlshaber aller Truppen ist. Zum Schluss erklärt die Doktrin dass der Kampf gegen den Terror nicht ein Kampf der Kulturen sei, doch der Terrorismus zeige die Zerrissenheit der muslimischen Welt, die es zu überstehen gelte.<sup>30</sup>

Die Bush-Doktrin beschränkt sich in ihrer Entwicklung jedoch nicht nur auf die Beseitigung terroristischer Untergrundmächte und ihrer Helfer auf der Welt. Deren Verfolgung impliziert darüber hinaus drei Richtungen:

1. Militärische Kontrolle der vorder- und zentralasiatischen Transferstaaten vom Kaukasus bis zum Hindukusch
2. Verhinderung der islamistischen Machtergreifung in Saudi-Arabien

<sup>27</sup> NSS (Fn. 1593), 15.

<sup>28</sup> NSS (Fn. 1593), 16.

<sup>29</sup> NSS (Fn. 1593), 16.

<sup>30</sup> NSS (Fn. 1593), 18.

3. Konzentration des politischen Interesses auf den Iran, Indien und China, wo neue Macht-Agglomeratioen entstehen.

Nicht in der NSS schriftlich festgehalten sind amerikanische Interessen am Erdöl des Nahen Osts und im Zuge dazu die Befriedung der gesamten Region.

Aufgebaut ist die National Security Strategy in neun Kapitel mit einer Einleitung. Über jedem Kapitel ist jeweils ein Zitat von George W. Bush angeführt – allein vier dieser Zitate stammen aus der Preemptive-Strike-Rede des Präsidenten in West Point. Die Sprache der Bush-Doktrin ist einfach und klar, der bisweilen treuherzig anmutende Ton des amerikanischen Idealismus in der Tradition Jeffersons, Lincolns und des Marshall-Plans will für alle natürlich das Beste. Dieser gut gemeinte Ton steht dem ungeachtet im absoluten Gegensatz zu kaum kaschierten, realpolitischen Drohungen mit Präventivschlägen. Zuweilen klingt das wie Verkündigungen, die das Römische Reich oder Napoleon hätten hervorbringen können. Die Verfasser scheuen sich auch nicht, Reizbegriffe wie „beispiellose, einsame Stärke und Einfluss“ in diesem mit allen Muskeln spielenden Papier zu verwenden. Bush achtete aber in seiner Einführung auch klug darauf, Versöhnliches mit auf den Weg zu geben: Armut und Krankheiten sagte er den Kampf an, und die Verdoppelung der Entwicklungshilfe wurde versprochen. Aufgenommen wurde die Bush-Doktrin in der Staatenwelt mit Interesse und Besorgnis, kommt sie doch in ihrer Bedeutung der Truman-Doktrin gleich. Diese legte die Strategie der Vereinigten Staaten im Kalten Krieg fest: Abschreckung. Die Sicherheitsberaterin des Präsidenten, Condoleezza Rice, sieht die USA und den Rest der Welt in einer ähnlichen Phase wie damals US-Präsident Truman, weshalb Sie die Zeit nach dem 11. September 2001 sehr gerne mit der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg vergleicht.<sup>31</sup>

### III. Kritische Analyse

#### 1. Unilateralismus und Krieg als Prävention

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion Anfang der 90er Jahre verblieb Amerika als einzige Weltmacht. In den letzten zehn Jahren baute es seinen Vorsprung in wirtschaftlicher und militärischer Hinsicht soweit aus, dass so schnell wohl keine andere Macht mit den USA konkurrieren oder gar gleichziehen könnte. Mit der Bush-Doktrin haben die Amerikaner ihre Ansprüche auf die absolute Vormachtstellung zementiert und sich gleichzeitig von der Idee verabschiedet, dass multilaterale Regime und globale Abmachungen durchgreifende Wege zu Abrüstung und Non-Proliferation sind. Für Kritiker ist die Bush-Doktrin nicht mehr und nicht weniger als die Anleitung für eine praktische Umsetzung der US-Hegemonie und der hierfür erforderlichen rigorosen Wahrung von amerikanischen Interessen.<sup>32</sup> Die Doktrin stellt eine neue Weltordnung dar. Liest man sie und lauscht den Worten von Präsident George W. Bush, wird Weltpolitik verblüffend einfach: Russland ist gut, Wladimir ein Kumpel, der Irak böse und Saddam Hussein „the guy who tried to kill my dad“. Mit Bushs Augen besehen schrumpft Weltpolitik zur Familiengeschichte.<sup>33</sup>

<sup>31</sup> Condoleezza Rice (Fn. 1559), 108.

<sup>32</sup> Jürgen Wagner (Fn. 1591), 3.

<sup>33</sup> Ralf Beste (Fn. 1611), 140.

Konsequenterweise spricht die Doktrin daher von der „family of transatlantic democracies“.<sup>34</sup> Auch gilt das Prinzip von Zuckerbrot und Peitsche: Leiten die Länder der Dritten Welt nicht endlich Reformen ein, bekommen sie auch nicht 50 Prozent mehr Entwicklungshilfe. Rüsten die NATO-Staaten nicht im Sinne Washingtons auf, wird die transatlantische Partnerschaft an Bedeutung verlieren, auch wenn George W. Bush die Wichtigkeit von Bündnissen beim Kampf gegen den Terrorismus immer wieder betont. Es herrscht außerdem das Prinzip des Multilateralismus à la carte. Internationale Verträge und Organisationen werden nur akzeptiert und unterstützt, wenn sie sich dem Diktat Washingtons unterordnen.<sup>35</sup> Multilateralismus ist in den Augen der Amerikaner die Zusammenarbeit mit anderen Staaten im Dienste bestimmter Ziele, wobei die Aufgaben die flexiblen Koalitionen bestimmen. Multilateralismus wird funktional verstanden, und einzig Washington bestimmt die Ziele.<sup>36</sup> Das ist nichts anderes als kaschierter Unilateralismus. Zudem bestärken die USA die sicherheitspolitische Handlungsfreiheit als oberste Maxime; das verdeutlicht besonders die für die Staatenwelt überraschende Aufkündigung des ABM-Vertrages durch die Amerikaner im Dezember 2001.<sup>37</sup>

Das Prinzip der Prävention ist Kernstück der neuen Sicherheitsdoktrin und bringt gleichzeitig die amerikanische Vormachtstellung deutlich zum Ausdruck; kein anderer Staat könnte, ohne Konsequenzen befürchten zu müssen, eine solche Strategie publik machen. Allein das spricht für die Stellung der Vereinigten Staaten in der heutigen internationalen Staatengemeinschaft. Präventive Militärschläge werden aber nur im Einzelfall zur unmittelbaren Gefahrenabwehr erwogen; als Akt legitimer Selbstverteidigung im Sinne von Art. 51 VN-Charta. Zudem darf die Möglichkeit von Präventivschlägen nicht überbewertet werden, weil eigenmächtiges oder präventives Handeln immer auf das Ausschalten einer spezifischen Bedrohung gerichtet sein wird. Damit sind preemption und unilateral action keine Prinzipien sondern Optionen, welche erwogen werden, wenn auf andere Weise kein Erfolg zu erwarten ist.

## 2. Abgesang auf das Völkerrecht

Die US-Regierung nimmt für sich das Recht in Anspruch, auf Grund der angeblich drohenden potentiellen Gefahren Angriffe ohne eindeutig nachweisbare oder unmittelbar bevorstehende Aggression – Kriege auf Verdacht – durchzuführen. Das ist ein klarer Bruch des Völkerrechts, denn gemäß der bis heute anerkannten Caroline-Klausel von 1837 sind Präventivhandlungen völkerrechtlich nur dann zulässig, wenn die Notwendigkeit der Selbstverteidigung unmittelbar gegeben und überwältigend ist und weder eine Wahl der Mittel noch eine Möglichkeit von Verhandlungen bleibt.<sup>38</sup> Ein Krieg, der bereits das Aufkommen einer Gefahr im Keim ersticken will, ist verboten. Der präemptive Krieg ist de facto ein Angriffskrieg.<sup>39</sup>

Der ehemalige US-Außenminister und Friedensnobelpreisträger Henry Kissinger verweist auf die ungeheueren Auswirkungen der neuen Bush-Doktrin auf die internationale Gemeinschaft. Es

<sup>34</sup> NSS (Fn. 1593), 18.

<sup>35</sup> Jürgen Wagner (Fn. 1591), 7.

<sup>36</sup> Ralf Beste (Fn. 1611), 141.

<sup>37</sup> Jürgen Wagner (Fn. 1591), 8.

<sup>38</sup> Richard Falk, Einer flog über das Völkerrecht, in: Le Monde diplomatique 12, 2002, 12, 14.

<sup>39</sup> Robert Leicht, Ein Ultimatum an die Völkergemeinschaft, in: Die Zeit, 39, 2002, 9, 9.

handelt sich um einen revolutionären Ansatz, die Ablösung einer fremden Regierung zum Gegenstand möglicher Interventionen zu machen, weil hierdurch das vollständige System des Westfälischen Friedens von 1648 in Frage gestellt wird, das die Nichteinmischung fremder Mächte in interne Angelegenheiten souveräner Staaten seitdem garantierte.<sup>40</sup> Nebenbei steht die Bereitschaft zu Präventivschlägen im Gegensatz zum modernen Völkerrecht, das einem Staat den Waffeneinsatz ausschließlich zur Selbstverteidigung gegen eine tatsächliche, nicht nur potentielle. Bedrohung gestattet. Das Recht auf Selbstverteidigung ist auch in Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen verankert, als naturgegebenes Recht auf individuelle oder kollektive Selbstverteidigung. Es setzt voraus, dass ein Angreifer bereits militärische Gewalt angewendet hat.<sup>41</sup> Da die Amerikaner aber präventiv vorgehen wollen, also bevor sie selbst angegriffen worden sind, und notfalls womöglich auch nicht auf den erforderlichen Beschluss des UN-Sicherheitsrates warten wollen, verstoßen sie mit diesem Prinzip gegen die Charta der Vereinten Nationen.<sup>42</sup> Andererseits sind Extremsituationen vorstellbar, in denen einem Staat nicht mehr zugemutet werden kann, auf den Angriff des Gegners zu warten. In Zeiten der Massenvernichtungswaffen würde das Warten auf einen Erstschlag bedeuten, einen Angriff mit atomaren, chemischen oder biologischen Waffen auf eigenem Gebiet erdulden zu müssen. Die VN-Charta, vor etwas mehr als einem halben Jahrhundert entstanden, orientiert sich sehr an der Gefahr von Konflikten zwischen Völkerrechtssubjekten, nicht aber an den heutigen Gefahren durch Terroristen. Ungeachtet dessen können und dürfen die Vereinigten Staaten von Amerika samt ihrer neuen Doktrin amerikanische Sicherheitsinteressen nicht einfach über geltendes Völkerrecht stellen.

### 3. Präemption und Prävention

Die Begriffe „Präemption“ (Preemption) und „Prävention“ sind die beiden Kernelemente der neuen Sicherheitsstrategie – sie tauchen sowohl in den Reden des Präsidenten als auch in der Bush-Doktrin mehrfach auf. Allgemein wird ein Angriff als *präemptiv* bezeichnet, wenn er in zweifelsfrei unmittelbar bevorstehende oder bereits stattfindende Angriffshandlungen eines Gegners hineinläuft.<sup>43</sup> *Präventiv* ist eine Kriegshandlung, wenn eine Angriffsvorbereitung des Gegners zwar nicht unmittelbar erkennbar, aber damit zu rechnen ist, dass dieser Gegner demnächst oder jedenfalls in absehbarer Zeit eine militärische Offensive startet.<sup>44</sup> Bezogen auf das zurzeit geltende Völkerrecht ist die Unterscheidung der zwei Adjektive von höchster Bedeutung: Während ersteres als legitim angesehen wird, verstößt ein präventiver Krieg – da er nicht zum Zwecke der Selbstverteidigung nach Art. 51 VN-Charta gegen einen laufenden Angriff führt – gegen sämtliche geltenden Völkerrechtsnormen.<sup>45</sup> Analysiert man die Bush-Doktrin genauer, wird lesbar, dass auch deren Verfasser dieser Begriffsunterscheidung folgen. Bezüglich der völkerrechtlich verankerten Zulässigkeit präemptiver Verteidigung gegen einen unmittelbaren Angriff fordert die NSS demgemäß konsequenterweise, dieses Konzept den Gefahren, Möglichkeiten und Zielen von heutigen Gegnern anzupassen: „We must adapt the concept of imminent threat to the capabili-

<sup>40</sup> Henry Kissinger, Die USA brauchen eine Strategie für die Zeit nach Saddam Hussein, in: Welt am Sonntag, vom 11.8.2001, 7, 7.

<sup>41</sup> Richard Falk (Fn. 1626), 14.

<sup>42</sup> Richard Falk (Fn. 1626), 15.

<sup>43</sup> Jürgen Rose (Fn. 1594), 2.

<sup>44</sup> Jürgen Rose (Fn. 1594), 3.

<sup>45</sup> Richard Falk (Fn. 1626), 15.

ties and objectives of today's new adversaries."<sup>46</sup> Zudem wollen die Amerikaner „... preemptively against such terrorists ...“<sup>47</sup> vorgehen, nicht präventiv. Nicht in allen Fällen wollen sie das Militär präemptiv einsetzen („...we will not use force in all cases to preempt emerging threats“<sup>48</sup>) und warnen andere Staaten davor, dies als heikle Vorstufe zur Aggression, zum Krieg, zu versuchen.

In der Presse und den Medien werden die Begriffe „präemptiv“ und „präventiv“ gelegentlich verwechselt, doch eines wurde bisher deutlich herausgestellt: Die Amerikaner sprechen von präemptiver Verteidigung; und ein präemptiver Krieg ist de facto ein legitimer Angriffskrieg. Also ist von einem gegen das Völkerrecht verstoßenden Präventivkrieg in der Doktrin keine Rede. Aber wie sieht es mit der Interpretation der Sicherheitsdoktrin aus? Die Gefahr liegt in der Grauzone der schwammigen sprachlichen Abgrenzung der beiden Begriffe sowie in ihrer Interpretation und praktischen Anwendung: Wann kann man heute mit Sicherheit sagen, dass die Notwendigkeit zur Selbstverteidigung nach Art. 51 VN-Charta unmittelbar gegeben und überwältigend ist, es darüber hinaus keine Möglichkeit für Verhandlungen mehr gibt und man deswegen präemptiv vorgehen darf? Terroristen können jederzeit Massenvernichtungswaffen zünden, mit diesen gibt es keine Verhandlungsmöglichkeiten und die Selbstverteidigung ist auch notwendig; folglich würde man sich jederzeit im Krieg befinden und könnte als Erster losschlagen. Was präventive Maßnahmen betrifft, wird in der Sicherheitsdoktrin allerdings kein unmittelbarer Bezug zu einem militärischen Vorgehen hergestellt; der Begriff Prävention ist weit gefasst, wird unspezifisch verwendet und es wird de facto kein Recht zum Präventiv-, wohl aber zum Präemptivkrieg proklamiert.<sup>49</sup>

In Anbetracht dieser Tatsachen kann keinesfalls davon gesprochen werden, dass Washington womöglich willkürlich andere Staaten angreifen werden. Allerdings ist sehr deutlich, dass es einzig Auslegungssache der Vereinigten Staaten ist, wann sie die direkte Notwendigkeit zur Selbstverteidigung sehen sowie notfalls alleine handeln. Offen bleibt die Frage was geschieht, wenn andere Staaten das Vorgehen des Weißen Hauses als *präventiv* beurteilen. So oder so ist dieses Begriffe Jonglieren eine äußerst brisante politische Waffe in den Händen der einzigen verbliebenen Supermacht der Welt.

#### 4. Folgen und Gefahren

Die Hauptgefahr der neuen Sicherheitsdoktrin und ihrer neuen Militärmaxime ist, dass daraus ein Präzedenzfall für andere Staaten abgeleitet werden kann. Jeder militärisch potente Staat kann sich in Zukunft bei einer militärischen Intervention darauf berufen, durch gefährliche Handlungen der angegriffenen Nation zur Präemption bzw. Prävention gezwungen worden zu sein. Das ist besonders bei Staaten, die ohnehin im Streit liegen, wie Indien und Pakistan, sehr gefährlich. Was geschieht, wenn diese beiden Atommächte die Doktrin kopieren? Es ist auch völlig unklar, auf welcher Grundlage der amerikanische Präsident bestimmen will, wann einer Gefahr mit einem unangekündigten Militärschlag begegnet wird. Auf welche Quellen stützt er sich dabei? Die Mög-

<sup>46</sup> NSS (Fn. 1593), 9.

<sup>47</sup> NSS (Fn. 1593), 5.

<sup>48</sup> NSS (Fn. 1593), 9.

<sup>49</sup> Jürgen Rose (Fn. 1594), 2.

lichkeiten der Informationsbeschaffung sollen laut der NSS verbessert werden. Und wird diese Doktrin im Anwendungsfall vom Recht auf Selbstverteidigung in der Uno-Charta gedeckt werden? Zudem ist die Objektivität der Kriterien fraglich, nach denen die Vereinigten Staaten von Amerika oder andere Länder eine Intervention in Erwägung ziehen. Und wenn Washington das in der Doktrin angekündigte Interventions- und Präventionsprinzip künftig durchgehend anwendet, ergäbe sich angesichts der ständigen Bedrohung durch den Terrorismus eine geradezu permanente Interventionslage mit den entsprechenden Gefahren für die internationale Stabilität und Ordnung. Diese will US-Präsident George W. Bush zu Gunsten der amerikanischen Sicherheitsinteressen dann offensichtlich vernachlässigen.

Beängstigend ist auch das sehr wahrscheinliche Zusammenwirken der Bush-Doktrin mit der Nuclear Posture Review. Diese beinhaltet die vom Verteidigungsministerium ausgearbeiteten Grundlagen zur künftigen US-Nuklearpolitik.<sup>50</sup> Danach könnten Nuklearwaffen gegen Ziele eingesetzt werden, die nicht-nuklearen Angriffen widerstehen können. Weil Produktions- und Lagerstätten von MVW mit herkömmlichen konventionellen Waffen erfahrungsgemäß nicht zerstörbar sind, scheint man im Pentagon gewillt zu sein, diese mittels Atomwaffen präemptiv zu zerstören, weil nur ein Nuklearschlag diese extrem harten Bunker knacken könnte. Nur die hohe Hitze einer Atombombe würde Sporen und Chemikalien beziehungsweise radioaktives Material nachhaltig vernichten.<sup>51</sup> In der Sicherheitsdoktrin wird Atomenergie und die damit verbundene Waffenfähigkeit von Plutonium zwar nur in Zusammenhang mit dem Schutz der Umwelt (Atomenergie ist sauber) und dem Energieverbrauch der Amerikaner erwähnt; doch erst im März 2001 wurde ein Geheimpapier des Pentagon in der Öffentlichkeit bekannt, das den Einsatz von Mini-Nuklearbomben vorsah.

Dass die amerikanische Erstschlags-Doktrin offensichtlich ganz ernsthaft einen Atomangriff ins Kalkül zieht, schreckt besonders die NATO-Partner ab. Generalsekretär George Robertson betonte, „das Militärbündnis sei eine Verteidigungsgemeinschaft und überhaupt nicht darauf aus, alle Probleme der Welt (militärisch) zu lösen“. *Jürgen Wagner* (Fn. 1591), 8.<sup>52</sup> Wenn allerdings die NATO die neue US-Strategie nicht annimmt, drohen die Amerikaner mit einem Bedeutungsverlust der NATO. Senator Richard Lugar sprach in einer mit Bush vereinbarten Rede vor dem atlantischen Verteidigungsbündnis im Januar 2002 die Drohung aus: „Falls die NATO nicht dabei hilft, die drängendsten Sicherheitsbedrohung für unsere Länder anzugehen, wird sie aufhören, von Bedeutung zu sein“. <sup>53</sup> Die „alte“ NATO im Sinne einer kollektiven Verteidigungsorganisation wurde zudem nach dem 11. September 2001 für tot erklärt. Denn der Bündnisfall wurde ausgerufen, aber auf keiner Seite des Atlantiks als eine Verpflichtung zum militärischen Beistand interpretiert. Die Bush-Doktrin ist eine neue Herausforderung für das Bündnis, dessen strategische Konzeptionen wie schon früher von der neuen Strategie der Amerikaner mit Sicherheit stark beeinflusst werden wird.

Bei allem verständlichen Zögern der NATO-Mitglieder braucht Washington die Verbündeten mehr denn je, vor allem deren Stützpunkte bei eventuellen präventiven Militärschlägen. Die Mit-

<sup>50</sup> *Jürgen Wagner* (Fn. 1591), 5.

<sup>51</sup> *Jürgen Wagner* (Fn. 1591), 6.

<sup>52</sup> *Jürgen Wagner* (Fn. 1591), 6.

<sup>53</sup> *Jürgen Wagner* (Fn. 1591), 8.

glieder des transatlantischen Bündnisses sind jedoch gespalten. Zwar wurde im Mai 2002 in der NATO-Krisenmanagement-Übung CMX 2002 das Szenario eines möglichen Angriffs auf die Türkei mit chemischen und biologischen Waffen durch einen mittelöstlichen Staat durchgespielt.<sup>54</sup> Angesichts der Simulation sprachen sich Amerika und die Türkei vehement für präventive Aktionen aus, während andere Bündnispartner dies ablehnten. Aufgrund dieses Streits musste die Übung vorzeitig abgebrochen werden.<sup>55</sup> Inzwischen hat Generalsekretär George Robertson vorsichtige Signale für Präventiv-Aktionen gegeben; in der Presse ließ er verlauten, dass das Warten auf einen Angriff womöglich nicht die beste Option sei.<sup>56</sup> Jedoch wird die NATO als auch die EU nicht umhin kommen, zu der neuen Bush-Doktrin eine klare Stellung zu beziehen.

Wie gefährlich die Übernahme dieser Strategie für die internationalen Beziehungen sein kann, zeigt ein Beispiel auf dramatische Art und Weise: Die russische Regierung berief sich bei den ungestümen Angriffsdrohungen gegenüber dem Nachbarn Georgien explizit darauf, „nur“ den amerikanischen Anti-Terror-Ansatz zu übernehmen.<sup>57</sup>

#### IV. Die Irakfrage als Bewährungsprobe für die neue Sicherheitspolitik

Seit seiner „State of the Union“ – Rede im Januar 2002 vor dem US-Kongress wiederholte George W. Bush mit unterschiedlichen Begründungen die Ankündigung für ein militärisches Vorgehen gegen den Irak. Bereits zwei Tage nach den Attentaten auf das World Trade Center, fiel in Washington der Blick auf den Irak. Besonders Verteidigungsminister Donald Rumsfeld drängte auf einen Sturz des unliebsamen Diktators Hussein.<sup>58</sup> Hauptgrund für diese immer ernster werdenden Drohgebärden, die schließlich zu einem dritten Irakkrieg führten, war die Befürchtung der US-Administration, Saddam Hussein könnte Massenvernichtungswaffen an Terroristen weiterleiten. Die Bush-Doktrin lässt explizit die Frage offen, wann und vor allem unter welchen Bedingungen militärische Gewalt bis hin zu einem Krieg als legitimes Mittel der Sicherheitspolitik eingesetzt werden darf. Die Irak-Frage war diesbezüglich nicht von so fundamentaler Bedeutung, wie zunächst erwartet, weil Washington sein Handeln einzig an der Resolution 1441 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen aufhing. Ungeachtet dessen, ist aber während dieses Konfliktes deutlich geworden, wie US-Präsident George W. Bush seine Doktrin interpretiert und anwendet. In der Irak-Debatte in den USA ging es nur vordergründig um den Kampf gegen den internationalen Terrorismus; dieser war vor allem die innen- und außenpolitische Legitimation für den Präventivkrieg zum Sturz eines nach MVW strebenden Regimes. Das wird deutlich, wenn man Washingtons Forderungen an Bagdad, im Vorfeld des Konfliktes, genauer beleuchtet. Es sollte alle Massenvernichtungswaffen zerstören, jegliche Unterstützung des Terrorismus unterlassen, die Verfolgung seiner Zivilbevölkerung beenden, alle Vermissten aus den Golfkriegen freilassen sowie jeden Handel außerhalb des Programms „Öl für Nahrung“ einstellen.<sup>59</sup> Mit Ausnahme der letzten Forderung entspringen die Punkte allesamt der Doktrin oder lassen sich davon ableiten. Unausgesprochen, aber von zentralem Interesse für die Vereinigten Staaten von Amerika ist ein

<sup>54</sup> Karl-Heinz Kamp (Fn. 1590), 4.

<sup>55</sup> Karl-Heinz Kamp (Fn. 1590), 4.

<sup>56</sup> Karl-Heinz Kamp (Fn. 1590), 4.

<sup>57</sup> Michael Cox (Fn. 1585), 74.

<sup>58</sup> Kenneth Pollack, *The Threatening Storm – The case for invading Iraq*, 2002, 45.

<sup>59</sup> Erich Follath, *An der Quelle des Terrors*, in: *Der Spiegel* 36, 2002, 96, 98.

Frieden in dem zentralasiatischen Gebiet besonders wegen seiner Ölressourcen. Amerika baute vor für den Fall, dass sich am Persischen Golf die Dinge überschlagen und Saudi Arabien als wichtiger Partner in Punkto Öl verloren geht.<sup>60</sup> Die prominenteste Begründung für einen Krieg gegen Saddam stammt von Vizepräsident Dick Cheney: Der Diktator werde bald in Besitz von Nuklearwaffen gelangen, infolgedessen den Nahen Osten beherrschen, die Kontrolle über einen Großteil der weltweiten Energieressourcen gewinnen und dann Amerikas Freunde in der Region (Israel) und der Welt (Australien, Europa und Japan) bedrohen.<sup>61</sup>

Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice hielt sich bei der Rechtfertigung des Krieges hingegen ganz klar an die Fakten: So habe der irakische Präsident Saddam Hussein zwei Mal Nachbarn überfallen, chemische Waffen gegen sein eigenes Volk eingesetzt und zwei Mal versucht, in den Besitz von Nuklearwaffen zu gelangen. Dies müsse doch Rechtfertigung genug gewesen sein.<sup>62</sup> Doch der Präventiv- bzw. Präemptivschlag gegen den Irak war in Bezug auf das Völkerrecht, die internationale Politik und unter ethischen Gesichtspunkten problematisch: völkerrechtlich, weil die Maximen für den Einsatz militärischer Macht ausgedehnt wurden; politisch, weil die USA damit einen Präzedenzfall geschaffen haben, auf den sich andere berufen können; und ethisch, weil sich ein präemptives militärisches Handeln allein angesichts eines drohenden Krieges rechtfertigen läßt – wenn der Verzicht auf Präemption eine ernsthafte Gefährdung für die territoriale Integrität und politische Unabhängigkeit des Staates darstellt.<sup>63</sup> Zudem bietet die Bush-Doktrin keine angemessene konzeptionelle Grundlage für einen Irakkrieg; denn sie proklamiert ausschließlich das Recht zur präemptiven Verteidigung. Überdies war keiner der Meinung, dass der Irak einen unmittelbaren Angriff starten würde. Im Gegenteil: Der Bericht, den Bagdad den Vereinten Nationen vorgelegt hatte, sprach eher dagegen als dafür. Die dort aufgeführten Waffenkapazitäten der irakischen Streitkräfte, die multilateralen Verhandlungen des irakischen Außenministers sowie der moderate Ton der irakischen Regierung deuteten auf Kooperation anstatt auf Konfrontation hin. Fakt war, dass der Irak seit Ende des Golfkrieges im Jahre 1991 keine militärische Offensive mehr geführt hatte. Nicht bewiesen war indes, ob er Massenvernichtungswaffen besaß; es gab lediglich Indizien dafür, dass er sich solche beschaffen wollte.<sup>64</sup> Die Angst, Hussein könnte diese Waffen militärisch offensiv einsetzen, wuchs – Großbritanniens Premier Blair erklärte beispielsweise vor dem britischen Unterhaus, dass der Irak binnen 45 Minuten Massenvernichtungswaffen gegen Nachbarländer zur Anwendung bringen könne –<sup>65</sup> und führte letztendlich zum Krieg. Bei dieser Ausgangslage erfüllte der Irakkrieg aber eindeutig den Tatbestand eines Präventiv-, keines Präemptiv - Krieges – und ist deswegen ipso iure völkerrechtlich nicht zu rechtfertigen.

<sup>60</sup> *Erich Follath* (Fn. 1647), 99.

<sup>61</sup> *Erich Follath* (Fn. 1647), 100.

<sup>62</sup> *Condoleezza Rice* (Fn. 1559), 107.

<sup>63</sup> *Richard Falk* (Fn. 1626), 15.

<sup>64</sup> *Kenneth Pollack* (Fn. 1646), 7.

<sup>65</sup> *Gunther Latsch*, Tod zwischen den Fronten, in: *Der Spiegel* 31, 2003, 90, 90.

## DIAS ANALYSEN

- |   |   |               |
|---|---|---------------|
| 1 | Rainer Winkler<br>Die Irak-Krise im Bundestagswahlkampf 2002 [The War in Iraq and Germany's 2002 election campaign]   | August 2003   |
| 2 | Rouven Klein<br>Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP): Finalität europäischer Integration und Projekt dauerhaften Friedens. Eine Konzeption auf der Grundlage der Zivilisierungstheorie von Dieter Senghaas [Europe's Security and Defense Policy (ESDP): Finality of the European integration and a project of eternal peace. A concept based on Dieter Senghaas' Theory of Civilization] | Oktober 2003  |
| 3 | Michaela Hertkorn<br>Why German-US Relations Matter to the Alliance. Germany's theoretically evolving role as a center power in Europe  | November 2003 |
| 4 | Heiko Borchert<br>Linking Corporate Governance with Good Governance: An Increasingly Important Foreign Policy Task  | Dezember 2003 |
| 5 | Heiko Borchert und Daniel Maurer<br>Baukasten, Ablösung oder Neubeginn? Fünf Szenarien zur Zukunft der NATO [Tool Box, Dissolution, or New Start? Five Scenarios on the Future of NATO]   | Januar 2004   |
| 6 | Marc Houben<br>Operations in Iraq. The New Face of International Crisis Management  | Juli 2004     |
| 7 | Michaela Hertkorn<br>Why German-US Relations Still Matter to the Transatlantic Alliance One Year after the War in Iraq  | August 2004   |

*DIAS ANALYSEN stehen über [www.dias-online.org](http://www.dias-online.org) zum Download zur Verfügung.*

### **Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik**

2003 an der Heinrich-Heine Universität in Düsseldorf gegründet, versteht sich das DIAS als unabhängige, interdisziplinäre und wissenschaftliche Denkfabrik, die strategische Politikberatung für Kunden aus dem öffentlichen und dem privatwirtschaftlichen Sektor anbietet und als Plattform den Dialog und den Ideenaustausch zwischen Nachwuchskräften aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft ermöglicht bzw. moderiert. Das Institut organisiert zu diesem Zweck jährlich die Düsseldorfer Sicherheitskonferenz sowie weitere Veranstaltungen mit Vertretern verschiedener Anspruchsgruppen und stellt seine Arbeit der breiten Öffentlichkeit im Rahmen verschiedener Publikationsserien zur Verfügung.

© Copyright 2003, Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik, Universitätsstrasse 1, D-40225 Düsseldorf, [www.dias-online.org](http://www.dias-online.org)